

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 08.02.2012

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann
Herr Krumhöfner
Herr Langeworth bis 17.40 Uhr

SPD

Herr Ciftci bis 18.30 Uhr
Herr Suchla
Frau Weißenfeld Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Sander

Die Linke

Frau Ilgün

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein
Frau Griepentrog ab 17.00 Uhr
Herr Kläs
Herr Siegeroth ab 17.00 Uhr
Herr Stiegmann
Herr Epp
Frau Häckel bis 18.00 Uhr
Frau Krause
Frau Stillger

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Bauer ab 17.10 Uhr
Herr Beimdiek
Herr Gödde bis 17.10 Uhr
Frau Köhler
Herr Potschies
Frau Voigt bis 18.15 Uhr

Verwaltung

Beigeordneter Kähler
Herr Hilker
Herr Kämper
Herr Voßhans
Frau May
Frau Berkemeyer
Herr Feldmann
Herr Flachmann

Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.01.2012

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.01.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Schulsozialarbeit nach Bildungs- und Teilhabepaket Stand der Umsetzung

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Durchführung der Elternbefragung zum Betreuungsbedarf ihrer Kinder im Alter bis 3 Jahren in der Tagesbetreuung

Herr Epp verweist auf die als Tischvorlage verteilte Mitteilung.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Haushaltsberatungen

Herr Epp verweist auf die Termine für die anstehenden Haushaltsberatungen. Danach berät der Jugendhilfeausschuss am 07.03.2012 in 1. Lesung und am 18.04.2012 in 2. Lesung.

Die Vorberatung im Unterausschuss Jugendhilfe findet am **Mittwoch**,

dem 21.03.2012 um 15.30 Uhr im Haus der Kirche, Markgrafenstraße 7, 33602 Bielefeld statt.

Zu Punkt 2.4 **Projekt KI>>GS (Übergang KiTa>>Grundschule)**

Beigeordneter Herr Kähler verliest eine Mitteilung des Büros des Oberbürgermeisters zum Übergang KiTa>>Grundschule.

Die Mitteilung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**

Frau Hellweg bittet darum, die Anfrage im Zusammenhang mit TOP 9 „Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ zu behandeln.

Zu Punkt 3.2 **Anfrage der CDU-Ratsfraktion zur Errichtung neuer KiTas**

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die schriftlich vorliegende Anfrage der CDU-Fraktion sowie auf die dazu schriftlich vorliegende Antwort der Verwaltung.

Herr Langeworth kritisiert, dass konkrete Planungen zum Bau neuer KiTas bereits in der Presse vorgestellt wurden, ohne dass zuvor ein politisches Gremium beteiligt wurde. Die Berichterstattung in der Presse sei umfangreicher als die Darstellung in der Beschlussvorlage der Verwaltung (Drs-Nr. 3571/2009-2014), die ab 09.02.2012 in den politischen Gremien beraten werde.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5

Frühkindliche Gesundheitsförderung in KiTas -2.Lesung-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3395/2009-2014

Frau Hellweg regt an, auch andere Institutionen aus dem Gesundheitswesen, z.B. die örtlichen Krankenkassen, in das Projekt einzubeziehen und die sich daraus ergebenden Strukturen weiter auszubauen, um die Maßnahmen möglichst kostengünstig und nachhaltig anbieten zu können.

Im Hinblick auf die Projektvielfalt sollte nachgehalten werden, welche Maßnahmen sich besonders bewährt haben und auf Dauer fortgeführt werden sollten.

Frau Stillger wirft die Frage auf, ob genügend Mittel für eine qualitativ hochwertige Ernährung in den KiTas zur Verfügung stehen.

Frau Brinkmann lehnt dieses Projekt für die CDU-Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Im Hinblick auf die hohe Verschuldung der Stadt sowie aufgrund der Tatsache, dass in diesem Bereich bereits hervorragende Arbeit in den KiTas geleistet werde, sollten die Mittel vorrangig zur Konsolidierung des städtischen Haushalts eingesetzt werden. Schließlich stünden Kosten in mehrfacher Millionenhöhe für den KiTa-Ausbau an.

Herr Suchla sieht in der frühkindlichen Gesundheitsförderung ein gelungenes Konzept. Der Landeszuschuss solle nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern zur Finanzierung dieses wichtigen Projektes zur Gesundheitsförderung dienen. Die SPD-Fraktion unterstütze dieses Projekt.

Beigeordneter Herr Kähler trägt folgende Ergänzung der Verwaltung zu Ziffer 5 der Beschlussvorlage vor:

„Über die Höhe der unter Einhaltung der Konnexität auf einer Elternbeitragsquote von 19 Prozent basierenden erwarteten Ausgleichszahlung des Landes NRW im Volumen von bis zu 3,9 Mio. € für Bielefeld verhandeln derzeit die kommunalen Spitzenverbände mit der Landesverwaltung.

Mit dem Ziel, das Projekt kurzfristig umsetzen zu können, werden vorübergehend bis zur endgültigen Entscheidung über die Höhe der Ausgleichszahlung des Landes für ausfallende Elternbeiträge die Minderaufwendungen im Bereich der Mittagsverpflegung in einer Höhe von 0,71 Mio. € zur Deckung in Anspruch genommen.

Sobald das Land die endgültige konnexitätsgetreue Ausgleichszahlung leistet, ist diese als unmittelbare Deckung zur Finanzierung der frühkindlichen Gesundheitsförderung zu verwenden. Die Minderaufwendungen im Bereich der Mittagsverpflegung stehen ab diesem Zeitpunkt für andere Verwendungszwecke zur Verfügung.“

Sodann fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung des Konzeptes Frühkindliche Gesundheitsförderung in KiTas für die nächsten 3 Jahre im finanziellen Umfang von 989.000 €/jährlich entsprechend der in der Beschlussvorlage aufgeführten Konzeptdarstellung mit den von der Verwaltung dargelegten Deckungsvorschlägen.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Sprachförderung und -bildung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3529/2009-2014

Herr Voßhans und Frau May beantworten nach einigen einführenden Worten die gestellten Nachfragen.

Frau Hellweg regt an zu hinterfragen, inwieweit der Bereich der Sprachpaten noch effektiver genutzt werden kann.

Zur künftigen Umsetzung und Organisation der Sprachförderung im Elementarbereich verweist Beigeordneter Herr Kähler darauf, dass dieser Punkt u.a. Gegenstand der Erörterungen zur Revision des KiBiz sei. Er regt an, die künftigen Rahmenbedingungen des Landes hinsichtlich der Organisation der Sprachförderung im Elementarbereich abzuwarten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Bericht zum Quartiersmanagement

Nach einer Einführung in die Thematik zur Quartiersentwicklung durch Beigeordneten Herrn Kähler stellt Herr Kämper die Weiterentwicklung ausgewählter Quartiere anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Die Folien der Präsentation sind dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Herr Langeworth hat zu dieser Thematik eine Vorlage der Verwaltung erwartet.

Er fragt nach, auf welchem Beschluss die Erweiterung des Bezirkes „Östliche Innenstadt“ beruhe und wann dies in der Bezirksvertretung vorgestellt werde.

Beigeordneter Herr Kähler erläutert hierzu, dass es sich zunächst um einen Zwischenbericht zu einem beginnenden Arbeitsprozess handle. Er sichert eine entsprechende Beteiligung der Bezirke zu, sobald

konkrete Vorschläge von den beteiligten Akteuren formuliert sind,
- welche Ziele entwickelt werden sollen
- welche Maßnahmen verändert werden sollen
- welche Ressourcen ggfls. erforderlich sind.

Herr Langeworth fordert hinsichtlich des weiteren Vorgehens in den Quartieren eine rechtzeitige Beteiligung und Abstimmung mit den betroffenen Bezirksvertretungen.

Frau Stillger begrüßt die Beteiligung der Anwohner. Diese sollte geschlechtsspezifisch erfolgen vor dem Hintergrund, dass in mindestens 2 Quartieren viele Mütter mit Migrationserfahrung leben.

-.-.-

Zu Punkt 8 Bundeskinderschutzgesetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3484/2009-2014

Frau Stillger richtet die Empfehlung an alle Träger, sich hinsichtlich des § 72 a SGB VIII grundsätzlich von allen freiwillig Tätigen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen zu lassen. Sofern keine Vergütung gezahlt werde, seien die Führungszeugnisse gebührenfrei zu erhalten.

Nachfragen werden von Herrn Epp und Frau Berkemeyer beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3563/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die Informationsvorlage sowie auf die schriftlich vorliegende Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (siehe TOP 3.1) einschließlich der schriftlichen Beantwortung durch die Verwaltung.

Nachfragen werden von Herrn Epp und Herrn Feldmann beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 Kommunale Koordinierung des Übergangssystems von der

Schule in den Beruf

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3604/2009-2014

Beigeordneter Herr Kähler führt in das Thema „Kommunale Koordinierung“ ein.

Eine zukunftsfähige und demographiefeste Arbeits- und Sozialpolitik entscheide sich auch an dem Ausbildungsgrad der jungen Menschen.

Der Rat der Stadt Bielefeld habe schon im Jahr 2006 mit seinem Beschluss zu JiB & JOB - Jugend in Berufsbildung und Job - die entscheidenden Weichen zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven Jugendlicher und junger Erwachsener in Bielefeld gesetzt.

Ein wichtiger Baustein von JiB & JOB sei die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Mit der Umsetzung des kommunalen Übergangsmanagements durch die REGE mbH sei das Ziel definiert worden, allen jugendlichen Schulabgängern innerhalb von maximal vier Jahren den Weg in die Ausbildung oder in eine auskömmliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ebnet.

Das Land NRW beabsichtige ein nachhaltiges und systematisches Übergangssystem Schule und Beruf auf der kommunalen Ebene in allen Kreisen und kreisfreien Städten zu implementieren. Die Stadt Bielefeld sei durch die REGE mbH und ihre Vorleistungen im Übergang Schule und Beruf sowie ihre Beteiligung im Landesstrukturprogramm „Ein-Topf“ aktiv in diesen Entwicklungsprozess eingebunden.

Es sei erfreulich, dass die Stadt Bielefeld aufgrund ihrer Vorleistungen als eine von 7 Referenzkommunen für die „kommunale Koordinierung“ zur Verbesserung der Übergänge in Ausbildung ausgewählt worden ist.

Gemeinsam mit dem Land NRW werde das Ziel verfolgt, möglichst allen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz und zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu verhelfen.

Im Anschluss an die einführenden Worte von Herrn Kähler informiert Herr Siegeroth anhand einer Powerpoint-Präsentation detailliert über das neue Übergangssystem Schule und Beruf.

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.

Bielefeld, den 08.02.2012

gez. Weisfeld
(Vorsitzende)

gez. Flachmann
(Schriftführer)